



Damit Sie draußen wissen, was drinnen vorgeht!
Gemeinderatssitzung 17. Februar 2011



KPÖ informiert:
GRAZ
www.kpoe-graz.at

Aktion gegen Wucherzinsen

Überziehungszinsen auf Girokonten gesetzlich begrenzen

Überziehungszinsen auf Girokonten sollen gesetzlich auf 6 Prozent beschränkt werden. Diese Forderung der KPÖ wurde vom Grazer Gemeinderat einstimmig unterstützt.

Gemeinderat Christian Sikora: „Die steirische AK hat vor wenigen Tagen eine Studie vorgestellt, in der überhöhte Zinsen und Gebühren für überzogene Girokonten aufgedeckt wer-



Gemeinderat Christian Sikora

den. Die Konsumentenschützer kritisieren auch die mangelnde Transparenz dieser „versteckten“ Gebühren. Ich zitiere: „Den wenigsten Konsumenten ist bewusst, welche Kostenlawine eine Überziehung nach sich ziehen kann.“

Manche Banken verlangen bis zu 18 % an Überziehungszinsen, Rücklastschriftspesen und Bearbeitungsgebühren. Dazu kommen noch Mahnkosten bis zu 77 Euro.

Die steirische AK hat mit dieser Studie wertvolle Unterlagen geliefert. Im Interesse der Betroffenen kommt es aber darauf an, gegen die Wucherzinsen bei Kontoüberziehungen vorzugehen. Die Banken werden mit Milliarden aus Steuergeldern gestützt, der Leitzinssatz der Zentralbank

beträgt 1 Prozent. Die Banken bekommen praktisch gratis Geld vom Staat.

Trotzdem sind weiterhin Überziehungszinsen bei Gehaltskonten von mehr als 10 Prozent die Regel. Dazu kommen noch exorbitant hohe Gebühren. Die Menschen, denen es nicht gerade gut geht, müssen auf diese Weise dafür zahlen, dass die Bankmanager weiterhin saftige Sonderzahlungen kassieren können.

Hier müsste der Gesetz-

geber regulierend eingreifen. Wir treten daher für eine gesetzliche Begrenzung der Überziehungszinsen von Girokonten ein. Diese sollten nur um fünf Prozent über dem Zentralbanksatz liegen dürfen. Das wären zurzeit sechs Prozent. Außerdem müssen die Bearbeitungsgebühren und Mahnspesen gesetzlich begrenzt werden.

Link zur AK-Studie: <http://www.akstmk.at/online/ueberzogengebuehren-59769.html>

RAT UND HILFE



Wohnungsstadträtin
Elke Kahr - KPÖ,
Tel. 0316 / 872 20 60



Über 40 Millionen zahlt Österreich Jahr für Jahr für EURATOM. Zwischen 28. Februar und 7. März können Menschen ab 16 das Anti-Atom-Volksbegehren unterschreiben.

Andritz: Gehsteig Lindengasse



Für die Errichtung eines Gehsteiges in der Kahngasse/Lindengasse (Andritz) trat Gemeinderätin Gerti Schloffer ein: Die Kahngasse und in ihrer Verlängerung die Lindengasse ist ein stark frequentierter

Verkehrsweg, der auf seiner ganzen Länge über keinen Gehsteig verfügt. Da es sich um eine sehr schmale Straße handelt, durch die auch die Busse der Linien 41 und 53 fahren, kommt es vor allem für schwächere Verkehrsteilnehmer wie Fußgänger und Radfahrer immer wieder zu gefährlichen Situationen.“

Anträge und Initiativen der KPÖ im Grazer Gemeinderat am 17. Februar 2011

Blaue Zonen

Die Stadt hat vor, die Gebühren in den Blauen Zonen zu erhöhen und will sich vom Gemeinderat keinen Stopp von Tarifierhöhungen vorschreiben lassen. Das geht aus der Antwort von

Bürgermeister Nagl auf einen Antrag der KPÖ hervor. Die Menschen in Graz dürfen sich darauf vorbereiten, dass die blauen Zonen in einigen Monaten teurer werden.

Volksschule Elisabethstraße Aufnahmestopp war großer Fehler

Enttäuschende Antwort von Schulstadträtin Grabner (VP) auf eine Anfrage von **Mag. Andreas Fabisch**: Die Volksschule Elisabeth in Leonhard wird im kommenden Schuljahr nicht geöffnet. Eine Attraktivierung ist erst für kommende Jahre ins Auge gefasst.

Vor einiger Zeit wurde (gegen die Stimmen der KPÖ) beschlossen, an dieser Volksschule keine weiteren Anmeldungen mehr anzunehmen. Damit sollte nach einigen Jahren das Ende dieses Volksschulstandortes erreicht werden. Für viele Kinder allerdings bedeutet dies, auf die

Möglichkeit, zu Fuß ihre Schule zu erreichen, verzichten zu müssen. Stattdessen sind sie gezwungen, in den Schulbus zum Berliner Ring einzusteigen. Der Vorschlag der KPÖ, zumindest dislozierte Klassen zu erhalten, wurde nicht berücksichtigt.

Fabisch: „Die angebliche Sparmaßnahme hat keine Ersparnis, sondern nur Erschwernisse für Kinder und Eltern gebracht.



Pedibus für Graz

Viele Eltern, die um die Sicherheit ihrer Kinder fürchten, bringen die Kleinen mit dem PKW zur Schule. Das ist nicht nur zeitraubend für die Eltern, sondern auch umweltbelastend.

Ein einfaches, kostengünstiges Konzept in Form eines „Pedibusses“, welches in Salzburg, Burgenland, Tirol und auch in einigen Städten in Deutschland und in der Schweiz bereits praktiziert wird, würde da Abhilfe schaffen. Dabei „fährt“ ein Fußgängerbus auf unter-

schiedlichen Linien, hält sich an Fahrpläne und stoppt an markierten Haltestellen. Die „Mitfahrenden“ sind Kindergarten- und Schulkinder, die zu Fuß zur Schule oder in den Kindergarten gehen. Die an den festgelegten Pedibus-Haltestellen Wartenden werden fahrplanmäßig aufgesammelt und gelangen so sicher an ihren Zielort. **Gemeinderat Christian Sikora**: „Die Stadt Graz soll die Umsetzung dieses Konzeptes prüfen.“

+Mindestsicherung
Sozialhilferechner
Steiermark

anonym
&
kostenlos

<http://www.sozialhilferechner.at/keine-verschlechterung-durch-mindestsicherung-petition.phtml>

**Aus dem Grazer Gemeinderat:
Exklusive Information aus erster Hand!**



Alle Anträge und Initiativen der KPÖ im Grazer Gemeinderat finden Sie auch unter: **www.kpoe-graz.at**

Eine Stadt für alle

Die Diskussion um ein neues Stadtentwicklungskonzept für Graz geht in eine neue Runde. Der Gemeinderat hat der Auflage des Entwurfes zugestimmt. Die Bürgerinnen und Bürger können nun ihre Vorschläge für die Entwicklung von Graz einzubringen.

Interessierte können acht Wochen lang Einsicht in diesen Entwurf nehmen. Zeit: von 3. März bis 29. April 2011 während der Amtsstunden von 8 bis 15 Uhr; Ort: Stadtplanungsamt, Euro-

paplatz 20/6. Stock. Weiters sind während des Auflagezeitraumes sieben öffentliche Veranstaltungen vorgesehen.

KPÖ-Planungssprecher Manfred Eber: Vom Standpunkt einer sozialen und ökologischen Stadtentwicklung gibt es noch viele Kritikpunkte. Graz muss für alle da sein und nicht nur für finanzkräftige Investoren.“



Jugendzentrum vor Schließung

Am 14. Oktober 2009 wurde Youth Point, der Jugendtreff, in den Räumlichkeiten der Pfarre St. Vinzenz eröffnet. Obwohl dieses Jugendzentrum von den Jugendlichen aus dem Bezirk Eggenberg und auch aus dem Bezirk Lend gut angenommen wurde, führt eine Kündigung durch die Verantwortlichen der Pfarre St. Vinzenz jetzt dazu, dass es mit Ende dieses Jahres wieder geschlossen wird. Den Jugendlichen, die sich dort zusammen-

gefunden haben, um gemeinsam Aktivitäten zu planen und umzusetzen, wird dadurch wieder die Chance genommen, sich ohne Konsumzwang treffen zu können. Gemeinderätin Mag.a Uli Taberhofer forderte die Verantwortlichen zur Suche nach einem geeigneten Ersatz auf.



Lungenkrankheiten häufen sich

Der scheidende SPÖ-Stadtrat Herper bestätigte die Befürchtungen von **KPÖ-Gemeinderat Sikora**: Eine der Ursachen für die Häufung von Lungenkrankheiten in Graz ist der **Feinstaub**. Die entsprechenden Abteilungen der Krankenhäuser sind restlos überfüllt. Sikora: „Mir ist

ein konkreter Fall bekannt, dass eine Patientin der Kinderklinik mit Lungenentzündung nach Hause geschickt wurde, weil die Abteilung überfüllt war.“ Deshalb ist aus gesundheitspolitischer Sicht alles zu unternehmen, um den Feinstaub zu reduzieren.

Weitere Initiativen der KPÖ

- Bad Strassgang – Vermehrte Reinigung des Außenbereichs in den Wintermonaten (Anfrage, GR Christian Sikora)
- Baubeginn für Rückhaltebecken in Weinitzen (Anfrage, Klubobfrau Ina Bergmann)
- Einführung von „Ruhezonen“. Wird gegen Kinder, Verkehr oder Events vorgegangen? (Anfrage, GR Manfred Eber)
- Unzureichende Straßenbeleuchtung in der Schubertstraße (Antrag, GR. Mag. Andreas Fabisch)

KPÖ wirkt!
GRAZ
www.kpoe-graz.at